
Die Rentenpolitik im Sommerloch, oder: Wie schürt man mit Zahlen Angst?

Langfassung eines Artikels für die JUNGE WELT vom 28.08.2018

Eigentlich ist es begrüßenswert: In den Nachrichten dominiert die Rentenpolitik das Sommerloch, die SPD wacht endlich auf und positioniert sich für ein langfristig stabiles Rentenniveau - zu kurz gesprungen, aber immerhin in die richtige Richtung.

Aber es ist auch ärgerlich: Aus dem Urlaub präsentieren die Arbeitgeberlobbyisten im Professorengewand – allen voran der Rentenökonom Axel Börsch-Supan und die von den Arbeitgebern finanzierte sogenannte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ fast im Stundentakt Horrorzahlen, die belegen sollen, dass nicht nur ein stabiles Rentenniveau oder die bescheidenen Verbesserungen aus dem neuen Rentenpaket von Arbeitsminister Hubertus Heil über die nächsten Jahre Milliarden oder gar Billionen Euro kosten werden würden. Damit würde die Existenz der heutigen Generationen gefährdet und die deutsche Wirtschaft in die Knie gezwungen.

Alles hanebüchener Unsinn, wenn man diese Horrorzahlen einmal gegenrechnet. Dann wird sehr schnell deutlich: Nicht nur ein stabiles, sondern auch ein höheres Rentenniveau wäre in Zukunft möglich und finanzierbar - für die heutige Rentnergeneration, und auch für die jungen Beitragszahlenden.

Nehmen wir nur die von der schwarz-roten Koalition verabredeten Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentnerinnen und –rentner, die fälschlicherweise nur den zukünftigen neu in Rente gehenden Menschen zu Gute kommen sollen, oder nehmen wir die zusätzliche „Mütterrente“, die ungerechterweise nur ab drei Kindern gezahlt werden soll; oder nehmen wir die Haltelinie von 48 Prozent Rentenniveau bis 2025. Da schreien alle Marktradikalen im Chor: Das kostet bis 2025 mehr als 30 Milliarden Euro! Sie schüren Angst mit diesen großen Zahlen.

28.08.2018

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-71215, Fax: +49 30 227-76215,
matthias-w.birkwald@bundestag.de

Die Zahlen stimmen, aber sie sind kein Grund für Alarmismus. Wenn man richtig rechnet, sind es sogar 31,7 Milliarden Euro bis 2025 und damit über vier Milliarden pro Jahr. Aber, was diese Panikmacher natürlich nicht sagen, ist, dass aktuell ein um einen Prozentpunkt erhöhter Beitragssatz Jahr für Jahr 14,65 Milliarden Euro Mehreinnahmen in die Rentenkasse spülen würde und sich ein junger Mensch, der heute den aktuellen Durchschnittsverdienst von 3156 Euro brutto auf dem Lohnzettel hat, gerade einmal 9,50 Euro mehr im Monat zahlen müsste. Und seine Chefin ebenfalls. So werden aus fast 32 Milliarden 9,50 Euro. Und für Niedrigverdienende mit beispielsweise 1578 Euro wären es nur 4,75 Euro.

DIE LINKE kämpft dafür, das Rentenniveau wieder auf die 53 Prozent aus dem Jahr 2000 anzuheben. Was würde dies bringen und kosten? Das würde einer sogenannten Standardrentnerin, die heute nach 45 Jahren Arbeit zum jeweils gültigen Durchschnittslohn 1.281 Euro Rente netto zu erwarten hat, sofort 130 Euro mehr an Rente bringen. Netto! Finanzierbar wäre das heute bei einem durchschnittlichen Bruttolohn (West) von 3156 Euro mit nur 32 Euro mehr an Rentenbeitrag, jeweils für die Beschäftigten und die Chefs. Dafür bräuchte man für eine lebensstandardsichernde Alterssicherung aber keine Riesterbeiträge von 111,66 Euro in diesem Beispiel mehr zu zahlen. Macht unterm Strich 79,66 Euro mehr im Portemonnaie.

Und auch im Jahr 2030 wären das bei einem durchschnittlichen Bruttolohn, der dann schon voraussichtlich auf 4503 Euro angestiegen sein wird, nur 88 Euro zusätzlich im Monat.

Der Clou dabei: Bei einem Rentenniveau von 53 Prozent könnte Jede und Jeder sofort darauf verzichten, Monat für Monat vier Prozent des Bruttoeinkommens in die gescheiterte Riesterrente zu stecken. Das hieße: 88 Euro mehr in die gesetzliche Rente zahlen, aber keine 165,55 Euro (plus Zulagen) mehr in die gescheiterte Riesterrente überweisen! 74,75 Euro mehr in der Tasche.

Daran sieht man dreierlei:

1. Große Zahlen taugen in einem umlagefinanzierten Rentensystem nicht zur Panikmache. Denn hohen Milliardenausgaben stehen Jahr für Jahr auch hohe Milliardeneinnahmen gegenüber.

2. Die Rückkehr zu einem lebensstandardsichernden und armutsfesten Rentenniveau ist machbar und langfristig finanzierbar.
3. Statt über Beitragssenkungen zu reden, brauchen wir endlich eine Debatte, wie wir mit moderaten und verkraftbaren Beitragssatzsteigerungen und höheren Steuerzuschüssen den Menschen langfristig eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente garantieren können. Ohne Riester.

Und wenn es dann endlich eine Erwerbstätigenversicherung gäbe und alle Selbstständigen, Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker und auch Ärztinnen, Ärzte und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlten, dann wäre die ja vorübergehende Phase der Babyboomer in der Rente auch gut und gerecht finanziert.